

# **Dies ist unsere Stadt!**

## **In Kiel ist kein Platz für rassistische Hetze!**

Am Sonnabend, 14. April 2018, wollten rassistische Aktivisten versuchen, in Kiel eine Art Neuauflage der bisher in Schleswig-Holstein nicht zum Zuge gekommenen „Pegida“-Bewegung zu etablieren. Unter der demagogischen Losung „Merkel muss weg“ hatten sie eine Demonstration angemeldet. Doch angesichts der sich abzeichnenden Mobilisierung antifaschistischer, demokratischer Kräfte gegen dieses Projekt haben sie die Anmeldung zurückgezogen. Das ist unser gemeinsamer Erfolg. Ein Erfolg, auf dem sich aufbauen lässt: Wir brauchen keinen solch unerfreulichen Anlass, um für unser Ziel einer solidarischen Gesellschaft ohne Nazis und Rassisten auf die Straße zu gehen!

**Wir rufen auf zu einer Kundgebung für Weltoffenheit und internationale Solidarität am Sonnabend, 14. April 2018, von 13 Uhr bis 15 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz.**

Rassistische Provokationen der genannten Art finden in diesen Wochen in verschiedenen Städten statt. Die sogenannte „Volksbewegung“, die diese Aktionen bewirbt, ist eng verbunden mit der völkisch-nationalistischen und rassistischen Partei AfD. Sie wird unterstützt von FaschistInnen aller Art und Organisationszugehörigkeit wie NPD und „Identitäre Bewegung“. „Der (sic!) Frühjahr bringt die Bewegung zurück auf die Straße“, freut sich die NPD auf ihrer Internetseite. Die OrganisatorInnen und ihre AnhängerInnen vereint vor allem der Hass auf Zugewanderte, besonders auf Geflüchtete. Ihr verlogener „Sozialprotest“ tastet die VerursacherInnen von sozialen Missständen in Deutschland und Fluchtursachen in anderen Ländern nicht an, im Gegenteil. Es handelt sich um den Versuch, gegebenenfalls berechtigte Sorgen und Zukunftsängste gegen die Schwächsten zu richten, die unter solcher Politik zu leiden haben. Es ist Aufruf zur Gewalt gegen alle als „fremd“ Empfundene und gegen alle, die dabei nicht mittun wollen, sondern den Angegriffenen zur Seite stehen.

Ermuntert von den letzten Wahlerfolgen der „Alternative für Deutschland“ (AfD), die sich jetzt darum bewirbt, auch in den Kommunalparlamenten ihre sozialchauvinistische und rassistische Politik betreiben zu können, halten sie ihre Stunde für gekommen. - Zeigen wir ihnen gemeinsam, dass sie sich verrechnet haben! Sie werden in unserer Stadt auch in Zukunft kein ruhiges Plätzchen finden!

**Rassismus und Nationalismus sind keine Alternativen -**

**Unsere Alternative heißt Solidarität! Wir seh'n uns am 14. April!**